

Bernd Braun (Hg.)

Es lebe die Republik?

Der Erste Weltkrieg und das Ende der
Monarchien in Deutschland und Europa



SCHRIFTENREIHE DER STIFTUNG
REICHSPRÄSIDENT-FRIEDRICH-EBERT-GEDENKSTÄTTE



Schriften der
Stiftung Reichspräsident-
Friedrich-Ebert-
Gedenkstätte
Band 19

Bernd Braun (Hg.)

Es lebe die Republik?

Der Erste Weltkrieg und das Ende der
Monarchien in Deutschland und Europa

Vandenhoeck & Ruprecht

Die Stiftung wird gefördert aus Mitteln
der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Mit 6 Abbildungen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2021, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG,
Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen
bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Satz: SchwabScantechnik, Göttingen

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-647-31130-2

Inhalt

Bernd Braun

Einleitung. Es lebe die Republik? Der Erste Weltkrieg und das Ende der Monarchien in Deutschland und Europa 7

Lothar Machtan

Von Deutschlands Monarchie zur deutschen Demokratie.
Die politische Signatur einer Zeitenwende 22

Stefan März

»In Treue fest?« Perspektiven, Scheitern und Nachwirkungen der Monarchie in Bayern 45

Ursula Rombeck-Jaschinski

König Wilhelm II. und das Ende der Monarchie in Württemberg 71

Frank Engehausen

Politischer Systemwechsel auf harmonische Art? Baden im Übergang von der Monarchie zur Republik 1918/19 90

Steffen Arndt

»Try to be a good German«. Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha und seine Rolle als Hitlers adeliger Helfer 1905 bis 1945 106

Manfried Rauchensteiner

Machtvakuum an der Donau. Österreich und Ungarn nach dem Großen Krieg 129

Matthias Stadelmann

Strukturelle Defizite und der persönliche Faktor. Nikolaj II. und das Ende des Russischen Reiches 147

6 Inhalt

Johannes Zimmermann

Die Republik erzieht sich ihre Kinder. Vom Osmanischen Reich
zur Republik Türkei 167

Moritz A. Sorg

Reformfähige Monarchie – Verpasste Republik? Rumänien zwischen
Niederlage und Sieg im Ersten Weltkrieg 207

Markus Wien

Zwischen Bauerndiktatur und Königsrepublik. Verfassungsfragen
in Bulgarien 1918 bis 2005 233

Anhang

Verzeichnis der Autoren und Herausgeber 258

Verzeichnis der Abkürzungen 261

Personenverzeichnis 263

Bernd Braun

Einleitung

Es lebe die Republik? Der Erste Weltkrieg und das Ende der Monarchien in Deutschland und Europa¹

Hätte es im Deutschland des 19. Jahrhunderts bereits Meinungsumfragen darüber gegeben, welches die naturgegebene – und im Verständnis der Epoche auch gottgegebene – Staatsform sei, dann hätte die Antwort der übergroßen Mehrheit der Befragten eindeutig »Monarchie« gelaute.² Und diese Antwort wäre nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und in weiten Teilen der Welt identisch ausgefallen. Die große Ausnahme hätte der amerikanische Kontinent gebildet, dessen Kolonien sich bis auf kleinere Territorien und Inseln in der Karibik gegen Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von ihren Mutterländern Großbritannien, Spanien, Portugal und Frankreich gelöst hatten und sämtlich als Republiken unabhängig geworden waren.³ Die Ausnahme hatten die beiden Kaiserreiche Haiti (1804 bis 1806) und Mexiko (1821 bis 1823) gebildet, die später noch jeweils eine kurzzeitige Neuauflage erlebten, Haiti für zehn Jahre ab 1849, Mexiko für drei Jahre ab 1864 unter dem tragischen Habsburger Maximilian. Immerhin fast siebzig Jahre währte das Kaiserreich Brasilien (1822 bis 1889).⁴ Die Vorreiterrolle bei der Dekolonialisierung des amerikanischen Kontinents hatten 1776 die Vereinigten Staaten von Amerika gespielt. Im zwanzigsten Jahrhundert trennte sich dann auch

- 1 Im Rahmen dieser Einleitung finden sich nur einzelne Literaturhinweise, zumal solcher Titel, die nicht bereits in den einzelnen Aufsätzen zitiert sind.
- 2 Vgl. allgemein: Gisela Riescher/Alexander Thumfart: *Monarchien*, Baden-Baden 2008; Torsten Oppelland: *Die europäische Monarchie. Ihre Entstehung, Entwicklung und Zukunft*, Hamburg 2007; Volker Sellin: *Gewalt und Legitimität. Die europäische Monarchie im Zeitalter der Revolutionen*, München 2011; Dieter Langewiesche: *Die Monarchie im Jahrhundert Europas. Selbstbehauptung durch Wandel im 19. Jahrhundert*, Heidelberg 2019; Pierre Miquel: *Europas letzte Könige. Die Monarchie im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2005; Monika Wienfort: *Monarchie im 19. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2019.
- 3 Vgl. Stefan Rinke: *Revolutionen in Lateinamerika. Wege in die Unabhängigkeit 1760–1830*, München 2010.
- 4 Vgl. Walther L. Bernecker/Horst Pietschmann/Rüdiger Zoller: *Eine kleine Geschichte Brasiliens*, Frankfurt a. M. 2000.

Kanada in mehreren Etappen von seinem Mutterland (1919, 1931, 1982), ohne als parlamentarische Monarchie bisher auf den britischen König als Staatsoberhaupt verzichten zu wollen. Von Kanada und einigen karibischen Inselstaaten abgesehen, kann man den amerikanischen auch heute als den republikanischsten der fünf Erdteile bezeichnen.

In Europa aber war der Begriff der Republik, wie er in der Antike verwendet worden war, über die Jahrhunderte verblasst. Während sich die Republik der Vereinigten Niederlande (1581–1795) als »Republik der Kaufleute« bewährt hatte, galten die Englische Republik des Oliver Cromwell der Jahre 1649 bis 1660 und die nach der Revolution von 1789 in ein Blut- und Terrorregime entartete Republik in Frankreich als abschreckende Beispiele dafür, welche Abgründe sich auf tun konnten, wenn Monarchien gewaltsam abgeschafft wurden. Die beiden traditionellen europäischen Republiken waren zudem im Konzert der Mächte zu klein und zu unbedeutend, um als Vorbild für eine Systemalternative wahrgenommen zu werden. Dies gilt selbstredend für die ob ihrer Geschichte, Tradition und zähen Widerstandskraft bewunderungswürdige, aber nur rund 61 Quadratkilometer umfassende Repubblica di San Marino, deren mythische Gründung durch den heiligen Marinus im Jahr 301 sie zur ältesten Republik der Welt macht; dies gilt aber auch für die Schweizer Eidgenossenschaft und ihren seit inzwischen mehr als fünf Jahrhunderten behaupteten Sonderstatus als »Willensnation«.⁵ Ansonsten beherrschten gekrönte Häupter Europa, auch wenn deren Zahl im Laufe des 19. Jahrhunderts abnehmen sollte.

Neben ihrer quantitativen Dezimierung erlitt die Idee der Monarchie als normgebende Staatsform in diesem Säkulum massive Erschütterungen, die wiederum von Frankreich ausgelöst wurden. Die Eroberung linksrheinischer deutscher Gebiete durch Napoleon hatte 1803 zum Reichsdeputationshauptschluss geführt, also zur Auflösung zahlreicher geistlicher und kleinerer weltlicher Herrschaften sowie etlicher Reichsstädte, wodurch die Anzahl der selbstständig regierten Territorien im Heiligen Römischen Reich massiv verkleinert wurde.⁶ Die Tatsache, dass sich mit dem gebürtigen Bürgerlichen Napoleon Bonaparte im Dezember 1804 ein korsischer »Emporkömmling« selbst zum

- 5 Friedrich Kochwasser: San Marino. Die älteste und kleinste Republik der Welt, Herrenalb im Schwarzwald 1961; Volker Reinhardt: Die Geschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis heute, München 5. Aufl. 2014; Thomas Maissen: Geschichte der Schweiz, Baden 6. Aufl. 2016.
- 6 Vgl. Ulrich Hufeld (Hrsg.): Der Reichsdeputationshauptschluss von 1803. Eine Dokumentation zum Untergang des Alten Reiches, Köln 2003; Ingo Knecht: Der Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar 1803. Rechtmäßigkeit, Rechtswirksamkeit und verfassungsgeschichtliche Bedeutung, Berlin 2007.

Kaiser gekrönt hatte, beschädigte außerdem den sakralen Charakter des Kaisertums, ein Akt, der seine Fortsetzung im Jahr 1806 mit dem Untergang des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nach einem Jahrtausend wechselvoller Geschichte dieses einzigartigen Staatsgebildes fand.⁷ Kennzeichen des *Sacrum Imperium Romanum* war über die Jahrhunderte hinweg ein stetiger territorialer Schrumpfungsprozess gewesen. Diese letztlich Niedergangsgeschichte hätte aber ohne Napoleon sicher nicht 1806 und vermutlich nicht in dieser unrühmlichen Form geendet. Mit Franz II., dem nunmehrigen Kaiser von Österreich, und Bonaparte gab es gleich zwei Kaiser in Europa – und mit dem russischen Zaren sogar deren drei. Der Kaisermythos als einer supranationalen, einigenden Klammer des ganzen Kontinents ging mit dem Untergang des Heiligen Römischen Reiches 1806 unwiederbringlich verloren.

Aus dem Wiener Kongress von 1815, der die vornapoleonische Ordnung wiederherstellen sollte, ging die Monarchie als dominierende Staatsform scheinbar gestärkt hervor, denn in Frankreich wurde sie unter der Dynastie der Bourbonen restauriert; in Italien hingegen wurden die drei (Adels-)Republiken Venedig, Genua und Lucca beseitigt.⁸ Während Lucca in ein Herzogtum umgewandelt wurde, verloren Genua nach mehr als acht Jahrhunderten und Venedig nach weit mehr als einem Jahrtausend ihre Eigenstaatlichkeit und wurden dem Königreich Sardinien-Piemont bzw. dem neu geschaffenen und zu Österreich gehörenden Lombardo-Venezianischen Königreich zugeschlagen. Die Revolutionen der Jahre 1820/21, 1830 und vor allem 1848/49 erschütterten die europäischen Monarchien kurzfristig von innen, ohne jedoch unmittelbar systemverändernd wirken zu können.⁹

- 7 Vgl. Karl Otmar von Aretin: *Das Alte Reich 1648–1806*, 4 Bde., Stuttgart 1993–2000; Barbara Stollberg-Rilinger: *Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Vom Ende des Mittelalters bis 1806*, München 5. Aufl. 2013.
- 8 Vgl. aus der zahlreichen Literatur zum Wiener Kongress die zum 200-jährigen Jubiläum erschienenen Publikationen: Heinz Duchhardt: *Der Wiener Kongress. Die Neugestaltung Europas 1814/15*, München 2013; Wolf D. Gruner: *Der Wiener Kongress 1814/15*, Stuttgart 2014; Thomas Just/Wolfgang Maderthaler/Helene Maimann (Hrsg.): *Der Wiener Kongress. Die Erfindung Europas*, Wien 2014; Eberhard Straub: *Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas*, Stuttgart 2014; Agnes Husslein-Arco/Sabine Grabner/Werner Telesko (Hrsg.): *Europa in Wien. Der Wiener Kongress 1814/15*, München 2015.
- 9 Vgl. Wolfgang v. Hippel/Bernhard Stier: *Europa zwischen Reform und Revolution 1800–1850*, Stuttgart 2012; Jens Späth: *Revolution in Europa 1820–23. Verfassung und Verfassungskultur in den Königreichen Spanien, beider Sizilien und Sardinien-Piemont*, Köln 2012; Wolfgang Hardtwig (Hrsg.): *Revolution in Deutschland und Europa 1848/49*, Göttingen 1998; Wolfgang J. Mommsen: *1848. Die ungewollte Revolution. Die revolu-*

Der sich mit Macht entfaltende Nationalstaatsgedanke vertrieb in der zweiten Jahrhunderthälfte einerseits zahlreiche Herrscher von ihren Thronen, während er auf der anderen Seite neue Monarchien entstehen ließ.¹⁰ Der italienische Einigungsprozess verlief dabei fundamental anders als der deutsche. Im Zuge des Risorgimento wurden sämtliche italienischen Regionalmonarchien beseitigt; von den zehn Staaten der Wiener Friedensordnung von 1815 auf italienischem Boden existierten nach 1870 nur noch zwei: das zum Königreich Italien erweiterte Sardinien-Piemont unter der Dynastie des Hauses Savoyen und die bereits erwähnte Republik von San Marino, deren republikanische Tradition ihr in dieser historischen Phase das Überleben sicherte.¹¹ Die Etappen auf dem Weg zur deutschen Einigung führten ebenfalls zu einem Konzentrationsprozess der Monarchien.¹² Als Ergebnis des Deutschen Krieges von 1866 annektierte das siegreiche Preußen das Königreich Hannover und die beiden Herzogtümer Hessen-Kassel und Hessen-Nassau sowie Schleswig und Holstein, die es seit 1864 gemeinsam mit Österreich verwaltet hatte. Allerdings befanden sich unter den 26 Staaten des Deutschen Reiches neben den drei Hansestädten Hamburg, Bremen und Lübeck immer noch 23 Monarchien, von dem Giganten Preußen, das zwei Drittel der Fläche wie der Einwohnerschaft des neuen Staatsgebildes umfasste, bis zu dem Winzling Reuß ältere Linie; dieses thüringische Fürstentum hätte mit einer Fläche von nur 317 km² ganze 920 Mal in das preußische Territorium hineingepasst.¹³

tionären Bewegungen in Europa 1830–1849, Frankfurt a. M. 2000; Dieter Langewiesche (Hrsg.): Die Revolutionen von 1848 in der europäischen Geschichte. Ergebnisse und Nachwirkungen, München 2000.

- 10 Vgl. Christian Jansen/Henning Borggreve: Nation – Nationalität – Nationalismus, Frankfurt a. M. 2007.
- 11 Vgl. Rudolf Lill: Italien im Zeitalter des Risorgimento, in: Theodor Schieder (Hrsg.): Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 5, Stuttgart 1981, S. 827–885; Wolfgang Altgeld: Das Risorgimento, in: ders./Rudolf Lill (Hrsg.): Kleine Geschichte Italiens, Stuttgart 2004, S. 257–324; Bernd Braun: Das Ende der Regionalmonarchien in Italien. Abdankungen im Zuge des Risorgimento, in: Susan Richter/Dirk Dirbach (Hrsg.): Thronverzicht. Die Abdankung in Monarchien vom Mittelalter bis in die Neuzeit, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 251–266.
- 12 Vgl. jüngst Tillmann Bendikowski: 1870/71. Der Mythos von der deutschen Einheit, München 2020; Eckart Conze: Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung und ihr schwieriges Erbe, München 2020; Christoph Jahr: Blut und Eisen. Wie Preußen Deutschland erzwang, München 2020 sowie als Standardwerk Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992.
- 13 Vgl. Werner Greiling/Hagen Rüster (Hrsg.): Reuß älterer Linie im 19. Jahrhundert. Das widerspenstige Fürstentum? Jena 2013.

Während im Zuge der italienischen und der deutschen Nationalstaatsbildung Monarchien von Monarchien geschluckt wurden, unterhöhlte der Nationalismus andererseits die bestehenden Vielvölkerstaaten. Der Zerfallsprozess des Osmanischen Reiches¹⁴ auf europäischem Boden führte auf dem Balkan zur Bildung mehrerer unabhängiger Staaten, von denen sich einige zunächst als Fürstentümer etablierten, aber mit der Zeit allesamt in Königreiche verwandelten: Griechenland (1832), Bulgarien (1879), Rumänien (1881), Serbien (1882), Montenegro (1910) und Albanien (1928, Fürstentum bereits seit 1912). Allein Frankreich verließ 1870 das monarchische Lager, wobei die junge Republik ihre Entstehung dem Sieg der preußischen Truppen im Deutsch-Französischen Krieg verdankte und zunächst noch nicht abzusehen war, ob sich die neue Staatsform dauerhaft als Konkurrenzmodell würde durchsetzen können.¹⁵ Das in Frankreich 1870 vollzogene Muster »Sturz einer Krone als Folge einer als schmachvoll empfundenen Kriegsniederlage« sollte dann 1918 die Monarchie als vorherrschende Staatsform in Europa nachhaltig erschüttern.

Neben dem Nationalismus trug auch die sich immer stärker entfaltende Idee des Parlamentarismus entscheidend zum Untergang der monarchischen Dominanz in Europa bei. Parallel dazu vollzog sich der Aufstieg des Bürgertums zur führenden gesellschaftlichen Kraft und vice versa der Abstieg der Aristokratie. Schien um die Mitte des 19. Jahrhunderts eine Krone aus den Händen einer Volksvertretung noch als eine revolutionäre Zumutung und für den Adel weitgehend unannehmbar, so sollte sich dieses Modell der »Domestizierung«, wie es der dänische Historiker Jes Fabricius Møller genannt hat,¹⁶ für etliche Monarchien als die einzige Bestandsgarantie erweisen. Nur diejenigen Staaten, die den Wandel von der Verfassungs- zur Parlamentsmonarchie rechtzeitig vollzogen, konnten sich langfristig und überwiegend bis heute gegenüber der republikanischen Alternative behaupten. »Wenn wir wollen, dass alles bleibt, wie es ist, dann ist nötig, dass alles sich verändert« – dieser zentrale Satz aus dem italienischen Jahrhundertroman »Der Leopard« (»Il Gattopardo«) von Giuseppe Tomasi di Lampedusa galt nicht nur als Lebensversicherung für

14 Vgl. Klaus Kreiser: *Der Osmanische Staat 1300–1922*, München 2008; Suraiya Faruqi: *Geschichte des Osmanischen Reiches*, München 6. Aufl. 2014.

15 Vgl. Klaus-Jürgen Bremm: *70/71. Preußens Triumph über das Kaiserreich Frankreich und die Folgen*, Darmstadt 2019; Michael Epkenhans: *Der deutsch-französische Krieg 1870/71*, Stuttgart 2020; Hermann Pölkling/Linn Sackardt: *Der Bruderkrieg. Deutsche und Franzosen 1870/71*, Freiburg im Breisgau 2020.

16 Jes Fabricius Møller: *Die Domestizierung der Monarchien des 19. Jahrhunderts*, in: Benjamin Hasselhorn/Marc von Knorring (Hrsg.): *Vom Olymp zum Boulevard: Die europäischen Monarchien von 1815 bis heute. Verlierer der Geschichte?*, Berlin 2018.

die Monarchie und gleichzeitig für das sozioökonomische System in Italien während des Risorgimento, er gilt generell für das Überleben der Monarchien in Europa.

Der Erste Weltkrieg wurde nicht nur als Krieg zwischen Staaten geführt, sondern auch als Konkurrenzkampf zwischen politischen Systemen: die demokratischen Republiken und parlamentarischen Monarchien des Westens gegen die semiparlamentarischen bis autoritären Monarchien Mittel- und Osteuropas.¹⁷ Der nunmehr unter der so wohlklingenden Formel vom »Selbstbestimmungsrecht der Völker« des US-Präsidenten Woodrow Wilson demokratisch legitimierte Nationalismus war mit der Realität der multiethnischen Staaten und damit in erster Linie Österreich-Ungarns, des Vielvölkerstaates par excellence, nicht vereinbar.¹⁸ Mit diesem nur auf den ersten Blick bestechenden Schlagwort wurden allerdings Hoffnungen auf ethnisch homogene Nationalstaaten und Nationalzwergerstaaten geweckt, deren praktische Unerfüllbarkeit die europäische und die weltweite Friedensordnung bedrohten und bis heute bedrohen.

Die Kriegsniederlage 1917/18 führte das Ende der drei Kaiserreiche in Russland, in Deutschland und in Österreich-Ungarn herbei.¹⁹ Zeitverzögert stürzte 1923 auch die Herrschaft des Hauses Osman über die Türkei, die durch den Frieden von Sèvres fast ganz aus Europa hinausgedrängt und auf ihr kleinasiatisches Territorium reduziert worden war. Mit dem Jahr 1918 endete damit auch formal die Kaiseridee in Europa, die sich seit 1806 unter veränderten, bereits entmystifizierten Formen noch elf Jahrzehnte behauptet hatte. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass sich die Könige von Großbritannien von 1876 bis 1950 als Kaiser von Indien titulieren ließen und der italienische König Viktor Emanuel III. sich von 1936 bis 1941 mit dem Titel eines Kaisers von Abessinien schmückte. Keiner der von Russland unabhängig gewordenen Nationalstaaten und keiner der Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie etablierte sich ab 1917/18 als Monarchie, sieht man vom Königreich Ungarn bis 1944 unter dem Reichsverweser Miklós Horthy und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen bzw. Jugoslawien ab, das mit der deutschen Besatzung 1941 de facto unterging.

17 Vgl. allgemein Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2015; Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, München 2014.

18 Vgl. Manfred Berg: Woodrow Wilson – Amerika und die Neuordnung der Welt. Eine Biographie, München 2017.

19 Vgl. Eberhard Straub: Drei letzte Kaiser. Der Untergang der großen europäischen Dynastien, München 2000.

Als Folge des Zweiten Weltkrieges und der Ausdehnung des kommunistischen Herrschaftsbereiches über weite Teile Mittel- und Südosteuropas verloren auch König Michael von Rumänien und Zar Simeon von Bulgarien ihre Throne (in Albanien endete die nationale Monarchie mit der Besetzung durch faschistische Truppen 1939). Die Kriegsniederlage 1945 verwandelte auch Italien in eine Republik, da das Haus Savoyen zu lange mit dem Faschismus paktiert und die Reißleine in Gestalt der Verhaftung Mussolinis am 25. Juli 1943 viel zu spät gezogen hatte. Das Referendum im Juni 1946 ergab mit 54,3 Prozent eine knappe Mehrheit für die Republik bei einer eindeutigen Spaltung Italiens: Die südlichen Regionen einschließlich Latiums und der Inseln Sardinien und Sizilien votierten für den Status Quo, der Norden dagegen.

Der Umgang mit einer Diktatur, genauer der gutgemeinte, aber letztlich dilettantisch gescheiterte Versuch, das Obristen-Regime in Athen zu stürzen, zwangen auch den jungen König Konstantin ins Exil und führten 1974 per Referendum zur Einführung der Republik in Griechenland. Nach dem Ende der Diktaturen auf der iberischen Halbinsel Mitte der 1970er Jahre kam es zur Restauration der Bourbonenherrschaft in Madrid, während Portugal Republik blieb, was es bereits seit 1910 gewesen war. Keines der hinter dem »Eisernen Vorhang« gelegenen Länder kehrte nach dem Zusammenbruch des Ostblocks ab 1989 zur Monarchie zurück. Unter den 47 Mitgliedern des Europarates sind aktuell nur noch 10 Monarchien zu finden, die damit die Systemausnahme und nicht mehr die Regel darstellen.

So lässt sich nach diesem kurzen Überblick festhalten, dass es der Erste Weltkrieg war, welcher das Ende der Monarchie als dominierende Staatsform in Europa verursacht hat. Zum 100-jährigen Jubiläum des Kriegsendes 1918 wurde viel über die dadurch geschaffene neue Staatenordnung in Europa gesprochen, über die wenigen gelungenen und die vielen letztlich misslungenen demokratischen Neuanfänge. Im Rahmen der deutschen staatlichen Memorialkultur wie in den auf diesen Jahrestag hin publizierten Büchern wurde eine Neubewertung der November-Revolution vorgenommen, die als demokratischer Initiationsakt deutlich positiver eingeordnet wurde, als dies in den 100 Jahren zuvor der Fall gewesen war.²⁰ Alleine das sichtbarste Symbol der neuen demokratischen Volksstaaten in Deutschland, der Sturz der »Monar-

20 Vgl. Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie, München 2017; Robert Gerwarth: Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit, aus dem Englischen von Alexander Weber, München 2018; Lars-Broder Keil/Sven Felix Kellerhoff: Lob der Revolution. Die Geburt der Demokratie in Deutschland, Darmstadt 2018.

chien von Gottes Gnaden«, blieb als Errungenschaft des staatlichen Umbruchs so gut wie unerwähnt, etwa in der großen Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim Festakt im Nationaltheater in Weimar am 6. Februar 2019.²¹ Dies mag im spezifisch deutschen Fall damit zusammenhängen, dass das republikanische Erinnern am 9. November durch spätere Gedenktage schlicht in den Hintergrund gedrängt wurde, weniger durch den Hitler-Putsch 1923 (obwohl dies die Absicht der Putschisten gewesen war), als vielmehr durch die Reichspogrom-Nacht 1938 und die Öffnung der Berliner Mauer 1989, die von politischer und publizistischer Seite als zentraler Akt der »einzigsten erfolgreichen Revolution« in der deutschen Geschichte gedeutet wurde, womit dem November-Umsturz indirekt einmal mehr das Etikett »gescheitert« angeheftet wurde. Während in Italien die »Festa della Repubblica« (das Fest der Republik) am 2. Juni als Nationalfeiertag mit großem Zeremoniell gefeiert wird, agieren die Deutschen als Republikaner mit schlechtem Gewissen.

Dass überzeugende Persönlichkeiten an der Spitze eines Staates selbst in schwersten Krisen Halt geben und eine Vorbildfunktion übernehmen können, haben gerade die meisten italienischen Staatspräsidenten seit 1948 überzeugend vorgeführt. Dass umgekehrt über dem politischen System schwebende »unpolitische« Monarchen gerade in Entscheidungssituationen von großer Tragweite überholte Institutionen darstellen, zeigt der Fall des Brexits in Großbritannien. Hier hätte ein Signal des Staatsoberhauptes Orientierung geben und die Richtung aufzeigen können – wobei zugegebenermaßen nicht alle gekrönten Häupter in Europa derart antiquiert und verstaubt agieren. Die Crux einer jeden Monarchie, dass auf einen befähigten und hochgeachteten Monarchen qua Geburt ein fragwürdiger Amtsinhaber mit möglicherweise jahrzehntelanger Herrschaft folgen kann, zeigt aktuell das Beispiel Thailand.

Da bereits im Vorfeld des Zentenar-Jubiläums abzusehen war, dass die Umwandlung Deutschlands und seiner Einzelstaaten in Republiken kaum Erwähnung finden würde, wollte die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte mit einer sechsteiligen Veranstaltungsserie einen Kontrapunkt setzen. Die Vortragsreihe »100 Jahre Republik in Deutschland und Europa« behandelte im Herbst 2018 unter sehr positiver Resonanz der Zuhörerschaft drei das Deutsche Reich betreffende Länder, nämlich Preußen/Deutschland, Württemberg und Baden sowie drei europäische Themen: Russland, das Osmanische Reich und die Tschechoslowakei. Die ersten fünf dieser Vorträge sind für

21 Vgl. Frank-Walter Steinmeier: Schwarz-Rot-Gold, das sind unsere Farben! Überlassen wir sie niemals den Verächtern der Freiheit!, in: ders.: »Sie alle sind Teil unserer Demokratie«. Reden und Interviews, Bd. 3: 15. Januar–25. Dezember 2019, S. 39–53.

diesen Band in Schriftform gegossen worden; Vladimír Špidla, der ehemalige tschechische Regierungschef und EU-Kommissar, hat sich aufgrund seiner vielfältigen politischen und gesellschaftlichen Verpflichtungen leider außer Stande gesehen, seinen Vortrag über sein Heimatland im geplanten Umfang zu verschriftlichen. Zusätzlich zu den fünf Vorträgen wurde eine gleiche Anzahl von Beiträgen eingeworben, die den europäischen Blickwinkel der Fragestellung erweitern: über Bayern, Sachsen-Coburg und Gotha, Österreich-Ungarn, Rumänien und Bulgarien.

Mit Lothar Machtan hat einer der bekanntesten deutschen Historiker, der sich mit der Fragestellung des Übergangs von der Monarchie zur Republik in Deutschland bereits in vielfältiger Weise auseinandergesetzt hat, sei es als Autor, als Publizist oder als Mitverfasser des Drehbuchs zum ZDF-Dokudrama »Kaisersturz«,²² auch für diesen Band einen Aufsatz beige-steuert, pointiert, sprachmächtig, mitunter die Grenze zur Polemik streifend, Fragen aufwerfend, aber sicher in jeder Hinsicht anregend. Der Beitrag beschäftigt sich mit der Verantwortung für den Untergang der Monarchien im Deutschen Reich, die Machtan nicht allein bei Kaiser Wilhelm II. angesiedelt sehen will. Neben der Servilität der übrigen Bundesfürsten und der militärstrategischen Uneinsichtigkeit der Obersten Heeresleitung wirft er dem Reichstag vor, sein reformerisches Potenzial nicht ausgeschöpft zu haben. Keine der Parteien habe über ein tragfähiges Konzept zur Erneuerung oder Überwindung des Kaiserreiches verfügt, auch und gerade nicht die Sozialdemokratie mit Friedrich Ebert an der Spitze, die erst durch den Druck der Straße zu reagieren gezwungen gewesen sei. Ein wie immer gearteter Fortbestand der Monarchie unter einem Reichsverweser sei aber mangels eines geeigneten Kandidaten illusorisch gewesen.

Stefan März, einer der Biographen des letzten bayerischen Königs Ludwig III.,²³ schildert in seinen Ausführungen über den Untergang des Königreichs Bayern die eigentlich günstige Ausgangsposition des 1912 bereits 67-jährigen Thronfolgers. Er war moderner als sein Vater, der mit 91 Jahren verstorbene Prinzregent Luitpold; er hatte die fortschrittliche Wahlrechtsreform für den Bayerischen Landtag 1906 unterstützt und galt gegenüber neuen Technologien als aufgeschlossen. Diese Modernität konnte Ludwig jedoch nur eineinhalb Jahre bis Kriegsbeginn voll entfalten. Danach dominierte das Kriegsgeschehen und die zu-

22 Vgl. Lothar Machtan: Kaisersturz. Vom Scheitern im Herzen der Macht, Darmstadt 2018.

23 Vgl. Stefan März: Das Haus Wittelsbach im Ersten Weltkrieg: Chance und Zusammenbruch monarchischer Herrschaft, Regensburg 2013; ders.: Ludwig III.: Bayerns letzter König, Regensburg 2014.

nehmende Kriegsmüdigkeit gerade auch in Bayern die öffentliche Wahrnehmung der Monarchie. Ludwig III. – gleichsam »eingeklemmt« zwischen seinem äußerst populären Vater und seinem ebenfalls sehr beliebten Sohn Rupprecht – verlor zunehmend an Rückhalt in der Bevölkerung. Da auf der republikanischen Gegenseite mit Kurt Eisner im Spätherbst 1918 ein energisch agierender Volkstribun das Heft des Handelns in die Hand nahm, stürzten die Wittelsbacher als erste deutsche Dynastie bereits am 7. November 1918.²⁴ Kronprinz Rupprecht verhielt sich in der Frage der Restaurierung der Monarchie abwartend und gegenüber den Sirengesängen der Nationalsozialisten – anders als die Hohenzollern – distanziert, was der Popularität des Hauses Wittelsbach bis heute sicherlich dienlich war.

Ursula Rombeck-Jaschinski, die sich mit dem Ende der Monarchien im deutschen Südwesten bereits an anderer Stelle auseinandergesetzt hat,²⁵ unterstützt in ihrem Beitrag über Württemberg nachdrücklich die These, dass Preußen und sein letzter König die deutschen Regionalmonarchien in den Abgrund gerissen hätten. Der schwäbische Wilhelm II. – in vielerlei Hinsicht ein Gegenmodell zu seinem Berliner Namensvetter – agierte völlig unmilitärisch, volksnah und war im Gegensatz zu seinem Vorgänger Karl I. sehr beliebt, obwohl das ihm anhaftende Image des Bürgerkönigs verdeckt, dass er an der konstitutionellen Monarchie festhielt und zu Reformen erst in allerletzter Minute und damit viel zu spät bereit war. Seine positiv zu wertende Ablehnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, der letztlich den Kriegseintritt der USA provoziert hatte, konnte Wilhelm nicht retten. Die Tatsache, dass er wie sein Onkel kinderlos geblieben war und der Thronfolger einer katholischen Nebenlinie des Hauses Württemberg entstammte, entzogen Restaurationsbestrebungen in dem mehrheitlich pietistisch geprägten Schwabenland von vornherein die Grundlage.

Diese württembergischen Befunde gelten unter veränderten Vorzeichen auch für Baden, das fortschrittlichste Land des Deutschen Reiches, dessen beliebter Großherzog Friedrich II. zusätzlich vom Ansehen seines noch beliebteren Vaters Friedrich I. profitierte. Dass der staatliche Umbruch in Baden so friedlich über die politische Bühne ging, war dabei sowohl dem Großherzog als auch – darauf setzt Frank Engehausen, der sich mit der badischen Landesgeschichte mehr-

24 Vgl. Bernhard Grau: Kurt Eisner 1867–1919. Eine Biografie, München 2001.

25 Ursula Rombeck-Jaschinski: »Überlebte Tradition? Das Ende der Monarchien in Südwestdeutschland«, in: Sabine Holtz/Gerald Maier (Hrsg.): Von der Monarchie zur Republik. Beiträge zur Demokratiegeschichte des deutschen Südwestens 1918–1923, Stuttgart 2019, (S. 47–62).

fach beschäftigt hat,²⁶ den Schwerpunkt seiner Darstellung – der pragmatisch agierenden Sozialdemokratie mit dem ersten Staatspräsidenten Anton Geiß und Justizminister Ludwig Marum an der Spitze zu verdanken. So kam es in Baden, ganz anders als in Berlin oder in München, zu einer völlig friedlich verlaufenden Revolution, bei der kein einziger Mensch sein Leben verlor.

Mit dem Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha, einem der acht thüringischen Fürstentümer, setzt sich der Gothaer Archivrat Steffen Arndt auseinander. Diese Zwergstaaten spielten innerhalb des Deutschen Reiches so gut wie keine politische Rolle, waren aber in einer Hinsicht nicht unbedeutend, nämlich als »Produktionsstätten« hochadeliger Heiratskandidaten; deren berühmtester Vertreter war Albert von Sachsen-Coburg und Gotha, der Ehemann der britischen Königin Victoria. Als der Gothaer Herzog Ernst II. 1893 nach kinderlos gebliebener Ehe starb, waren Albert bzw. dessen Nachkommen erberechtigt. Dadurch kamen nacheinander zwei britische Prinzen auf den Gothaer Thron; der letzte Herzog Carl Eduard entwickelte sich nach seinem Sturz 1918 zum überzeugten Anhänger Hitlers, der die Weimarer Republik nachhaltig bekämpfte. Er mehrte das Ansehen der Nationalsozialisten, womit er gleichzeitig sein eigenes nach 1945 ruinierte. Er starb erst 1954 im Alter von 70 Jahren. Die in den politischen Extremismus abgleitende Vita Carl Eduards lässt vermuten, dass die deutschen Fürsten bei einem Fortbestand der Monarchien nicht als Bollwerk gegen, sondern zumindest in Teilen als Steigbügelhalter Hitlers fungiert hätten.

Die politische Klasse der Weimarer Republik wie die Weimar-Historiker haben ihr Augenmerk so intensiv auf den Versailler Vertrag und seine Folgen gerichtet, dass ihnen der wichtigste Alliierte des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarn, zumeist völlig aus dem Blickfeld geraten ist. Verglichen mit der Doppelmonarchie ist das Deutsche Reich (und übrigens auch Russland) noch vergleichsweise glimpflich davongekommen, denn hier wurde ein Imperium zerschlagen, in seine sämtlichen möglichen Bestandteile zergliedert und damit – so der klug gewählte Titel des Beitrags von Manfred Rauchensteiner – ein »Machtvakuum an der Donau« geschaffen, dessen Folgen in Mitteleuropa und auf dem Balkan bis heute zu spüren sind. Manfred Rauchensteiner, Autor mehrerer Bücher über das Kriegsende 1918 in Österreich,²⁷ zeichnet mit feiner

26 Siehe Frank Engehausen: *Kleine Geschichte des Großherzogtums Baden 1806–1918*, Leinfelden-Echterdingen 2005; ders.: *Kleine Geschichte der Revolution 1848/49 in Baden*, Karlsruhe 2010.

27 Manfred Rauchensteiner: *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918*, Wien/Köln/Weimar 2013; ders.: *Unter Beobachtung. Österreich seit 1918*, Wien/Köln/Weimar 2017.

Ironie die Phantomschmerzen der einstigen Weltmacht nach, die sich innerhalb weniger Wochen auf einen europäischen Staat mittlerer Größe reduziert sah. Die Lasten des verlorenen Weltkrieges wurden nur den beiden Namensträgern Österreich und Ungarn aufgebürdet, während die übrigen Kronländer als bisher »unterdrückte Völker« davon nicht betroffen waren. Gleichzeitig wurde der noch junge Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ad absurdum geführt, denn Österreichs Wunsch, sich mit Deutschland zu vereinigen, wurde von den Siegermächten schlicht verboten.

Der Russlandexperte Matthias Stadelmann beschäftigt sich in seinem Aufsatz über die glanzvollste europäische Monarchie mit den Gründen für das Ende der Romanow-Dynastie, die wie keine andere Herrscherfamilie für ihre historischen Fehler bezahlen musste – mit ihrer Ermordung am 17. Juli 1918, die alle übrigen gekrönten Häupter in Europa im revolutionären Herbst dieses Jahres in Angst und Schrecken versetzte. Fehler bescheinigt Stadelmann dem letzten Zaren Nikolaj etliche, insbesondere eine fast unwirklich erscheinende Distanziertheit gegenüber den politischen und militärischen Krisen des Frühjahrs 1917, wie sie sich in seinen lakonischen Tagebucheinträgen offenbaren. Es war aber nicht Nikolajs Versagen alleine (der in seiner deutschen Frau Alexandra kein Korrektiv besaß), es war auch nicht die immer wieder von westlichen Historikern attestierte Rückständigkeit des russischen Riesenreiches, eine These, die nach Einschätzung Stadelmanns zumindest in ihrer Pauschalität zu hinterfragen wäre, sondern die Kombination beider Faktoren mit der letztlich entscheidenden Situation des Weltkrieges und der absehbaren russischen Niederlage. Mit Lenin (und später) Stalin rückten Alleinherrscher ganz anderen Kalibers an die Stelle Nikolajs, deren brutale Entschlossenheit oder entschlossene Brutalität den letzten Zaren in den Schatten stellte.

In seinem sehr umfangreichen Beitrag über den Untergang des Osmanischen Reiches zeigt Johannes Zimmermann, warum der Sturz der Monarchie und die Abschaffung des Kalifats am Bosphorus so sang-, klang- und widerstandslos verliefen. Mit Mustafa Kemal erhielten die Türken einen republikanischen »Ersatzkaiser«, der anders als seine adeligen Vorgänger einen Nimbus als Kriegsheld vorweisen konnte, der die schwere Niederlage seines Landes im Ersten Weltkrieg zumindest in Teilen wieder hatte wettmachen können. Die Tatsache, dass er den Vertrag von Sévres innerhalb weniger Jahre in ein inhaltsleeres Stück Papier verwandeln konnte, machte ihn zu einem Vorbild – nicht zuletzt für Adolf Hitler.²⁸ Daneben wirkte der spätere »Atatürk« als Reformator,

28 Vgl. Stefan Ihrig: *Atatürk in the Nazi imagination*, Cambridge/London 2014.

der die Türkei in die (westliche) Moderne zu katapultieren trachtete. Zahlreiche seiner Reformen, wie die von Johannes Zimmermann beschriebene Einführung des Türkischen als Amtssprache und einer europäisierten Schrift ebenso wie eine neue strenge Kleiderordnung oder die Verlegung der Hauptstadt von Istanbul nach Ankara, griffen in das Leben jedes einzelnen Türken ein. Um Mustafa Kemal entstand ein Personenkult, der jeden der letzten Sultane als blass erscheinen ließ und der bis heute in den Imitationsversuchen des aktuellen türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan nachwirkt.

Moritz A. Sorg, der noch am Anfang seiner wissenschaftlichen Laufbahn steht, widmet sich dem bemerkenswerten »Sonderfall« Rumänien. Das 1881 proklamierte Königreich war 1916 auf Seiten der Entente in den Krieg eingetreten, hatte aber eine verheerende Niederlage erlitten, die am 7. Mai 1918 im Frieden von Bukarest manifest wurde. Innerhalb weniger Monate wendete sich das Blatt durch den Zusammenbruch der Mittelmächte und ließ Großrumänien mit beträchtlichen territorialen Gewinnen entstehen, die zum Teil als Folge des Zweiten Weltkrieges wieder verloren gingen. Moritz Sorg kann überzeugend darlegen, dass es nicht nur diese unerwartete, triumphale Wendung war, die der Krone das Überleben sicherte, sondern zum einen die Schwäche ihrer Gegner. So war die rumänische Arbeiterbewegung wie überall in Europa gespalten, aber es bestand keine Sympathie mit den Bolschewiki des unmittelbaren Nachbarn Russland. Zum anderen unterstützten der aus der deutschen Dynastie Hohenzollern-Sigmaringen stammende König Ferdinand und seine Gattin Marie schon während des Krieges politische Reformen in Rumänien, sie agierten volksnah, blieben auch nach der Kriegsniederlage im Land und wussten durch den Tod ihres erst dreijährigen Sohnes Mircea 1916 das Mitgefühl mit der Königsfamilie zu verstärken.²⁹ Rumänien wäre übrigens das einzige europäische Land, bei dem eine Rückkehr zur Monarchie zumindest möglich erscheint. Die königliche Familie mit der »Kronwächterin« (»Custodele coroanei«) Margareta an der Spitze spielt im öffentlichen, gesellschaftlichen und sozialen Leben Rumäniens eine so herausgehobene Rolle, wie sie in keinem anderen vergleichbaren Land festzustellen ist.

Markus Wien, der an der US-amerikanischen Universität in Sofia und damit am »Ort des Geschehens« lehrt, beschließt den Band mit dem südlichen Nachbarn Rumäniens, mit Bulgarien, das als Sonderfall noch stärker ins Auge fällt, denn der Balkanstaat war das einzige Land der Mittelmächte, in dem das monarchische System trotz desaströser Niederlage im Weltkrieg nicht zusammen-

29 Vgl. zur rumänischen Königsfamilie Michael Kroner: Die Hohenzollern als Könige von Rumänien. Lebensbilder von vier Monarchen 1866–2004, Heilbronn 2004.

brach. Die unmittelbar erfolgte Abdankung des Zaren und Kriegsverlierers Ferdinand aus der deutschen Dynastie Sachsen-Coburg und Gotha (Seitenlinie Kohary) zugunsten seines Sohnes Boris III. am 3. Oktober 1918 trug zu dieser Stabilität bei, mehr aber noch die generelle Staats- und Politikferne des stark agrarisch geprägten Landes. Die bulgarischen Herrscher wussten zudem die 1879 verabschiedete Verfassung von Tarnovo äußerst »flexibel« einzusetzen, ohne sie freilich völlig beiseitezuschieben; Boris III. leistete den eigentlich vorgeschriebenen Eid auf die Verfassung nie, regierte zunehmend autoritär, aber beschritt nicht den Weg in eine »monarcho-faschistische« Königsdiktatur, wie die Zwischenkriegszeit in der kommunistischen Geschichtsschreibung des Landes zumeist betitelt wurde. Der letzte Zar Simeon II., der als 6-jähriges Kind den Thron bestiegen hatte, machte dann nach der Jahrtausendwende Schlagzeilen, als er sein Land als Ministerpräsident in die Nato und (faktisch) in die EU führte.

Insgesamt bestätigen die Beiträge dieses Bandes, dass der Erste Weltkrieg in Europa als Monarchien-Zerstörer wirkte. Rumänien und Bulgarien stellen die beiden bemerkenswerten, jedoch die Regel bestätigenden Ausnahmefälle dar. Im Deutschen Reich konnten noch so integrale Regionalmonarchen wie der König von Württemberg und der Großherzog von Baden ihre Throne nicht retten, weil sie alle (die nicht integren wie zum Beispiel der Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha übrigens auch) von Kaiser Wilhelm II. mit in den Abgrund gerissen wurden. Ob die Monarchie in Deutschland zu retten gewesen wäre, wenn Wilhelm II. rechtzeitig abgedankt hätte, oder im Falle Österreich-Ungarns, wenn Kaiser Franz Joseph das Kriegsende noch erlebt hätte, muss Spekulation bleiben. Bedeutsam ist diese Frage sowieso nur, weil sie Raum für das zugegebenermaßen reizvolle Gedankenspiel öffnet, ob es bei einer Beibehaltung der Monarchie nicht zur NS-Diktatur gekommen wäre. Der Vergleich mit Italien mag hier ebenso als Warnhinweis dienen wie derjenige mit Rumänien oder Jugoslawien. Trotzdem lohnt sich ein individueller Blick in die jeweilige Landesgeschichte und in die individuellen Biographien der einzelnen Herrscher, um deren spezifische Leistungen und Defizite zu erkennen. Der Erste Weltkrieg zerstörte alte politische Ordnungen, aber er schuf zunächst nur fragile Nachfolgesysteme, die zumeist dem Ansturm autoritärer Kräfte oder blutiger Diktaturen nicht gewachsen waren.³⁰ Die Alleinherrscher ohne Krone haben ihre Länder zum Teil in weit schlimmere Szenarien oder sogar

30 Vgl. Boris Barth: Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918–1938, Frankfurt a. M. 2016; Adam Tooze: Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931, München 2017.

Katastrophen geführt als ihre gekrönten Vorgänger. Zur Monarchie-Nostalgie, wie sie von Teilen der Boulevardmedien betrieben wird, besteht indes kein Anlass, wohl aber – rund ein Jahrhundert nach der Republikanisierung weiter Teile Europas – zu einer objektiven historischen Analyse der Vorgeschichte und der Ursachen für den Kollaps der monarchischen Staatenordnung, wozu dieser Band einen Beitrag liefern möchte. Ein gedrucktes Buch auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie ist durchaus keine Selbstverständlichkeit. Die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte dankt der einen Autorin und den neun Autoren herzlich, dass sie diesen Band mit ihren Aufsätzen bereichert haben, sie dankt dem Verlag Vandenhoeck & Ruprecht für die professionelle Betreuung der Drucklegung, sie dankt nicht zuletzt ihren studentischen Hilfskräften für die Mithilfe beim Lektorat.

Abschließend soll noch einmal der Bogen zum Anfang dieser Einleitung geschlagen werden. In seiner 1851 erschienenen Sammlung philosophischer Texte mit dem zungenbrecherischen Titel »Parerga und Paralipomena« hat der deutsche Philosoph Arthur Schopenhauer die Monarchie als die »dem Menschen natürliche« Staatsform bezeichnet: »fast so, wie sie es den Bienen und Ameisen, den reisenden Kranichen, den wandernden Elephanten, den zu Raubzügen vereinigten Wölfen und anderen Thieren mehr ist, welche alle Einen an die Spitze ihrer Unternehmung stellen. [...] Selbst das Planetensystem ist monarchisch«. Das System der Republik hingegen sei »dem Menschen so widernatürlich, wie es dem höhern Geistesleben, also Künsten und Wissenschaften, ungünstig ist«.³¹ Das ist gerade einmal 170 Jahre her. Schopenhauers Einschätzung würde heute niemand mehr teilen und diese Entwicklung kann man nicht anders denn als Fortschritt bezeichnen.

Heidelberg, im Herbst 2020

31 Arthur Schopenhauer: Parerga und Paralipomena. Kleine philosophische Schriften, Bd. 2, München 1913, S. 278f.

Lothar Machtan

Von Deutschlands Monarchie zur deutschen Demokratie. Die politische Signatur einer Zeitenwende

Seit 2017 ist die deutsche Revolution von 1918 wieder »in«; wissenschaftlich wie geschichtspolitisch. Dem Zentenarium sei Dank.¹ Nur, werden wir dem realhistorischen Geschehen gerecht, wenn wir sie jetzt – nach den ideologischen Grabenkämpfen der 1970er und 80er Jahre – zum Startup unserer heutigen Demokratie erklären?

Wie das späte Kaiserreich sich nicht selbst überwinden mochte

Das lautlose Ende der deutschen Monarchie war nicht schicksalhaft vorbestimmt. Doch Zeichen für einen möglichen Untergang des Kaiserreichs, die hatte es seit längerem gegeben – nur niemand wollte sie sehen. Warum? Weil wir es bei der politischen Ordnung in diesem Reich mit einem selbstreferentiellen System zu tun haben, das die Gefährlichkeit seiner Lage notorisch verkannte.² Weder die Risiken der Kriegsmüdigkeit der ausgebluteten Bevölkerung noch die Tatsache, dass die militärstrategischen Handlungschancen des Reiches bereits im Sommer 1918 gegen Null gesunken waren.³ Die Rede ist von einem Machtkartell, dessen Geschäftsführer nicht begreifen wollten, wie sehr die Politik des Reiches jetzt dringend einer demokratischen Legitimation

- 1 Einen guten Einblick in diesen neuerlichen Paradigmenwechsel vermittelt der Bericht von Tobias Weidner über die hochkarätige Berliner Tagung »Verfassungskultur in der Weimarer Republik« im Februar 2019: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=8227>, zuletzt abgerufen 28. Oktober 2020.
- 2 Zum politischen System des Kaiserreichs jetzt als guter Einstieg Christoph Nonn: *Das Deutsche Kaiserreich*, München 2017; vertiefend und innovativ Oliver F. R. Haardt: *Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des deutschen Kaiserreichs*, Darmstadt 2020.
- 3 Vgl. Jörg Leonhard: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014, S. 872 ff.; Holger Afflerbach: *Auf Messers Schneide. Wie das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg verlor*, München 2018, S. 389 ff. sowie mit weiterem Horizont Ignaz Miller: *1918 – Der Weg zum Frieden. Europa und das Ende des Ersten Weltkriegs*, Zürich 2019.

bedurfte; dass sie sich der Demokratie öffnen mussten, und zwar *freiwillig*. Es war diese Schiefelage der Herrschaftskultur, die im Herbst 1918 besonders bizarre Blüten trieb. Für sie gibt es vorzugsweise personalisierende Erklärungen. Deshalb macht es Sinn, den Blick auf die Hauptverantwortlichen dafür zu richten; auf die politischen Profile der damaligen Entscheidungsträger, nicht zuletzt in ihrem persönlichen Verhältnis zueinander. Und zu fragen, wie das politische Klima in den Räumen war, in denen um politische Schicksalsfragen gerungen und katastrophale Fehlentscheidungen getroffen wurden – Räumen, über denen bereits das Dach brannte. Damit rückt automatisch der untrennbare Zusammenhang zwischen Biografie und Politik in den Fokus. Genauer: die Betrachtung von realistischen Machtoptionen und die Fähigkeit der Entscheidungsträger, diese zu verfolgen. Leuchtet man dies alles aus, so gelangt man zu bemerkenswerten Einsichten.⁴

Vor allem zu einem Phänomen: der historischen Kraft von Schwäche und Untätigkeit in der Politik. Dies waren zwei wesentliche Faktoren, die einen friedvollen kontrollierten Systemwandel in Deutschland blockierten. Und die am Ende für den keineswegs zwangsläufigen Einsturz des deutschen Kaiserreichs im November 1918 sorgten. Meine These lautet: Die Gründe für die zunächst schleichende Erosion des Staatsgefüges sind vor allem im kollektiven Versagen *aller* politisch relevanten Entscheidungsträger zu suchen – nicht in einem Hauptschuldigen. In der Unfähigkeit zu operativer Politik gegenüber den Hauptaufgaben, die damals auf der Agenda standen: Schadensbegrenzung durch Vergleichs- und nötigenfalls sogar Verzichtsfrieden und demokratische Freiheiten für das Volk. Das ist kein in die Geschichte projiziertes Wunschenken aus heutiger Betrachtung. Beides war im Herbst 1918 im Verständnis zahlreicher Zeitgenossen politisch geboten – und zugleich möglich. Nur hätten diese Aufgaben als solche klar definiert und tatsächlich in Angriff genommen werden müssen. Doch nichts dergleichen geschah; vor allem, weil niemand der damaligen Hauptakteure die wahren Ursachen für die akute Systemkrise realisieren und anprangern wollte, nämlich: die halbsbrecherische Kriegspolitik der Obersten Heeresleitung, die Politikunfähigkeit des Obersten Kriegsherrn sowie die Demokratie-Verweigerung der Herrschenden. Ohne die verhängnisvolle Rolle Kaiser Wilhelms II.⁵ oder der Obersten Heeresleitung

4 Zum folgenden detaillierter meine Studie: Kaisersturz. Vom Scheitern im Herzen der Macht, Darmstadt 2018.

5 Hierzu Lothar Machtan: Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen, München 3. Aufl. 2016. – Mit freilich anderer Akzentsetzung jetzt auch Paul Schönberger/Stefan Schimmel: Kaisertage, Konstanz 2018, S. 131 ff.

unter Ludendorff⁶ kleinzureden, waren hier auch andere Instanzen in der Pflicht. Namentlich die zivile Reichsregierung samt hoher Staatsbürokratie, und natürlich der Reichskanzler.

Deren vollständiger Verzicht auf den Primat der Politik begann bei der Entlassung Bethmann Hollwegs 1917 und setzte sich bis zum letzten Kabinett unter Prinz Max von Baden fort.⁷ Denn diese Regierungen haben nichts getan, um ihre Handlungsfähigkeit gegenüber der Selbstherrlichkeit von Kaiserhof und Militär zu stärken. Was sie sich hier bieten ließen, war eines modernen Politikbetriebs unwürdig. Die Reichsleitung zeigte sich geradezu blind für die gravierenden Fehler, welche die maßlose deutsche Kriegspolitik machte. Und damit auch unfähig, hier korrigierend einzugreifen. Das unverantwortliche Agieren von Kaiser und Generalstab lag gewissermaßen unterhalb der Wahrnehmungsschwelle der Wilhelmstraße. Und damit fehlten alle Voraussetzungen für die Einsicht in die Notwendigkeit, diesen politischen Geisterfahrern beizeiten ins Rad zu greifen. Neue außenpolitische Tugenden haben die Regierenden auch nicht entfaltet, wie etwa die des respektvollen Umgangs mit Vertretern von ganz anders gelagerten Interessen; oder die Bereitschaft, fremde Perspektiven einzunehmen. Wie sollte die Regierungsbürokratie da akzeptable Bedingungen für die Kriegsbeendigung schaffen?⁸

Darüber hinaus war die Berliner Staatsführung in der politischen Öffentlichkeit kein Symbol von Verlässlichkeit und Vertrauenswürdigkeit. Als gewiefte Krisenmanager sind Kabinett und Kanzler nirgendwo in Erscheinung getreten. Sie hatten Angst davor, Klartext zu reden und dem Volk reinen Wein einzuschenken. Schlimmer noch: sie weigerten sich, die politischen Geschehnisse überhaupt öffentlich zu kommunizieren. Die letzte kaiserliche Regierung, eingesetzt im Oktober 1918, nannte sich eine Regierung des Volksvertrauens, aber de facto war sie eine Volksregierung ohne Rückhalt im Volk. Vor allem die Unterschichten fühlten sich von ihr im Stich gelassen. Und sie fühlten richtig, denn die Distanz der Verantwortlichen in der Wilhelmstraße und

6 Vgl. zuletzt Manfred Nebelin: Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, München 2010, S. 401 ff.

7 Vgl. Lothar Machtan: Der Endzeitkanzler. Prinz Max von Baden und der Untergang des Kaiserreichs, Darmstadt 2. Aufl. 2018, S. 290 ff.

8 Das Scheitern einer halbwegs weitsichtigen und weltoffenen Außenpolitik lässt sich exemplarisch anhand der Entlassung des Außenamtschefs Richard von Kühlmann im Sommer 1918 studieren, des einzigen deutschen Diplomaten, der im Ersten Weltkrieg so etwas wie den Mut zu einer Verständigungspolitik besaß: vgl. Markus Bußmann: ›Ein liberaler Konservativer, ein konservativer Liberaler‹. Richard von Kühlmann, die Diplomatie und die Liberalen, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung, 12 (2000), S. 121–176.

dem gemeinen Volk blieb bis in den November 1918 hinein riesengroß. Man hatte dort keine Vorstellung von der Not dieser Menschen, ihren Bedürfnissen, aber auch nicht von dem wachsenden Unwillen, sich dieses Elend nicht länger bieten zu lassen. Die Gärung in der Gesellschaft wurde dadurch ganz zweifellos befördert.

Trotz diverser Reformansätze ist auch die letzte dieser kaiserlichen Regierungen nicht als Motor in Erscheinung getreten, um in Deutschland den demokratischen Rechtsstaat durchzusetzen. Dem Ideal einer rechtsstaatlich kontrollierten, sich dem Parlament und der Gesellschaft verantwortlich zeigenden Exekutive kam sie nicht bedeutend näher als diverse Vorgängerinnen. Die Möglichkeit politischen Niedergangs schloss sie ebenso kategorisch aus. Weil sie keine reformerische Gestaltungskraft entfaltete, konnte sie dem Reich auch keine neue Ausrichtung mehr geben. Es war der politische Vertrauensverlust, der am Ende die legitimatorische Basis des ganzen Herrschaftssystems zerstörte. Hierbei fällt dem letzten Kanzler des Kaisers nicht die alleinige, aber doch eine maßgebliche Verantwortung zu.

Sein größter Irrtum bestand wohl in der Illusion, er könne durch seine Persönlichkeit eine eigene politische Wirkungsmacht entfalten. Tatsächlich hat er aber nicht einmal die Initiative ergriffen, Politik eigenmächtig zu gestalten. Hinzu kam, dass sich sein Kabinett trotz einiger Alibi-Demokraten sehr rasch als ungeeignet erwies, den politischen Veränderungsdruck der deutschen Kriegsgesellschaft auch nur ansatzweise abzumildern; geschweige denn in operative Politik zu überführen. So konnte nicht einmal die – letztlich von US-Präsident Wilson erzwungene – Verfassungsreform vom 28. Oktober, die Deutschland zumindest formell zu einer parlamentarischen Monarchie machte, Integrationskraft entfalten.

Nicht weniger kritisch muss das Versagen des Deutschen Reichstags und der Koalition seiner Mehrheitsparteien gegenüber den drängenden Aufgaben vom Spätsommer 1918 beurteilt werden, nämlich: Deutschland schnellstmöglich Frieden und Freiheit zu bringen.⁹ Was wir hier beobachten, sind politisch ratlose Volksvertreter, denen es an fast allem gebrach, was Grundvoraussetzung für operative Politik ist. Drei Defizite traten besonders eklatant in Erscheinung: Dass es sich hier überwiegend nicht um »lupenreine Demokraten« handelte, vielmehr um Abgeordnete, die von Volkssouveränität nicht sehr viel wissen wollten. Dass sie unfähig, ja sogar unwillig waren, die militä-

9 Einen informativen Einblick in diese Defizite vermittelt die leider kaum beachtete Studie von Ernst-Albert Seils: *Weltmachtstreben und Kampf für den Frieden. Der deutsche Reichstag im Ersten Weltkrieg*, Frankfurt a.M. 2011., hier S. 543 ff.